

Auch das Spiezer Parlament wollte nichts von einer Steuersenkung wissen

Grosser Gemeinderat (GGR) Die FDP erlitt im Gemeindeparlament mit ihrer Motion für eine Steuerentlastung Schiffbruch. Der Vorstoss schiesse am Ziel vorbei, fanden einige Fraktionen.

Jürg Spielmann

Das Ansinnen des lokalen Freisinn stand von Beginn an unter einem schlechten Stern: Der Gemeinderat empfahl dem Gemeindeparlament, die Motion von Andrea Frost-Hirschi und elf bürgerlichen Mitunterzeichnenden nicht zu unterstützen (wir berichteten). Die FDP-Parlamentarierin hatte ihren Vorstoss an der Jahresabschlussitzung 2021 zugunsten der ausführlichen Klimadebatte auf die Folgesitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) verschoben lassen.

Am Montagabend nun hatte Letzterer zu entscheiden, ob in Spiez die Steuern sinken sollen. Die FDP wollte gemäss Motions-text «tiefe und mittlere Einkommen» entlasten. Konkret forderte Andrea Frost eine Steuererleichterung für natürliche und juristische Personen; Grundlage

dafür sollten die Gemeindesteuer-Belastungsvergleiche der eidgenössischen Steuerverwaltung bilden, «wobei besonders jährliche Einkommen zwischen 50'000 und 100'000 Franken zu berücksichtigen sind».

Steuerfuss im Visier

So zumindest stand es ursprünglich im Vorstoss. Die Motionärin passte dessen Inhalt vor der GGR-Sitzung an, nachdem der Gemeinderat in seinem ablehnenden Antrag erklärt hatte, dass sich das Geforderte nicht wie gewünscht umsetzen lasse. «Eine Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen kann nur mit der Änderung des Steuertarifs oder mit steuerlichen Abzügen dieser Kategorien erfolgen», bekannte die Exekutive. Beides sei jedoch in der kantonalen Steuergesetzgebung geregelt. Das Instrument auf kommunaler

Ebene, eine Senkung des Gemeindesteuersatzes, würde sämtliche Steuerpflichtigen betreffen – mit dem grössten Benefit für die höchsten Einkommen und Vermögen.

Darum formulierte Andrea Frost anstelle der genannten Einkommen neu, dass «das Ziel eine Steueranlage zwischen 1,50 und 1,60 ist». Sie sei nicht glücklich mit der Antwort des Gemeinderates, «die ohne Alternativen ausfällt», befand die Motionärin im GGR. Fakt sei, dass die finanzielle Belastung für die Steuerpflichtigen steige. «In Spiez lebt nur, wer entweder nicht rechnen kann oder wer es hier sehr schön findet», Frost erachtete es als wichtig, dass «wir eine positive Grundstimmung für die Ansiedlung von Firmen und Privaten schaffen».

Finanzvorsteherin Ursula Zybach (SP) warnte vor dem «recht

grossen» Investitionsbedarf in der Gemeinde. «Mit einer Steuersenkung können wir uns diese Investitionen nicht leisten.» Auch sei die Selbstfinanzierung hierfür immer noch zu tief. Und überdies seien die Auswirkungen der Pandemie noch nicht absehbar. «Man kann aber auch nach Thun oder Interlaken ziehen, wo die Steueranlagen 1,72 respektive 1,67 betragen und die Liegenschaftssteuern 1,2 beziehungsweise 1,5 Promille.» In Spiez liegen diese bei 1,65 und 1,1 Promille.

«Der Rotstift droht»

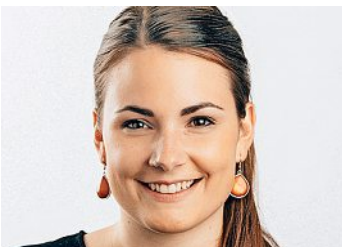
Rückendeckung erhielt Gemeinderätin Zybach von mehreren GGR-Fraktionen. Die SP (André Sopranetti) fand: «Das Werkzeug ist das falsche. Wir wollen keine allgemeine Steuersenkung.» Die EVP (Susanne Frey) erachtete es angesichts der Corona-Unsicher-

heiten als nicht angebracht, kurzfristig die Steueranlage zu senken. Für das Freie Spiez/GLP meinte Simon Schneeberger, es sei zwar «richtig und wichtig», dass man über eine Steuersenkung spreche, «doch wenn weniger Geld reinkommt, müssen wir den Rotstift ansetzen». Das wolle er nicht. Die Grünen (Bernhard Kopp) sahen nicht, wie sich mit der Motion eine Entlastung erreichen liesse.

Andreas Grünig (SVP) gab als Einzelsprecher zu bedenken, dass eine Steuersenkung nicht de facto für weniger Steuereinnahmen Sorge. «Diese zieht Leute an und kann nach ein, zwei Jahren sogar mehr Steuereinnahmen generieren.» Sein Votum vermochte das Gros der GGR-Mitglieder indes nicht umzustimmen, eine klare Mehrheit lehnte die Steueremotion der FDP schliesslich ab.

«Christliche Werte auch in der Politik leben»

Wahl-Interview Nadja Gafner (25) aus Erlenbach kandidiert für die EDU im Oberland für den Grossen Rat.



Nadja Gafner tritt für die EDU im Wahlkreis Oberland an. Foto: PD

Was zieht Sie in die Politik?

Ich finde es wichtig, dass sich auch junge Menschen für die Politik interessieren und engagieren. Wenn man sich Veränderung wünscht, ist es nötig, selbst etwas dafür zu tun.

Was zeichnet Ihre Partei aus?

Die EDU ist eine Partei, welche auf christlichen Werten aufbaut. Uns ist besonders eine gesunde Familienpolitik wichtig, ein bezahlbares Sozialsystem, aber auch eine unabhängige und neutrale Demokratie. Mir ist es wichtig, dass christliche Werte auch in der Politik gelebt werden.

Für welche politischen und persönlichen Werte stehen Sie ein?

Eine gesunde Familienpolitik liegt mir besonders am Herzen. Auch liebe ich das Simmental und will den Menschen zeigen, dass ein Leben auf dem Land interessant ist und durchaus auch Vorteile haben kann.

In welchen kantonalen politischen Themen sind die grössten Veränderungen gefragt?

Ich bin der Meinung, dass wir wieder mehr Wert auf die dezentrale Besiedlung legen sollten. Service public und eine gute Gesundheitsversorgung müssen auch in den Randregionen gewährleistet sein.

Welches sind die Fragen der Jugend, die dringend im Grossen Rat diskutiert werden müssten?

In meinen Augen sind die Sicherung der Sozialwerke und das Zusammenleben der Generationen viel wichtiger als die ganze Gender-Ideologie.

Alte, die ihren Besitzstand wahren wollen, und auf der anderen Seite junge, die sich um ihre Zukunft sorgen. Wie lässt sich dieser Konflikt lösen?

Mit Respekt und Achtung die Erfahrungen der Alten nutzen und selber mutig neue Ideen umsetzen.

Sind christliche Werte für junge Menschen heute überhaupt noch attraktiv?

Ich denke schon. Gerade in der heutigen Zeit sind viele Menschen auf der Suche nach Sicherheit, Klarheit, Liebe und Akzeptanz. Christliche Werte versuchen genau diese Punkte zu treffen. Liebe deinen Nächsten so wie dich selbst. Gar nicht mal so einfach umsetzbar, aber vieles wäre einfacher, wenn es uns gelingen würde. (jez)

Seit dem 19. Februar stellen wir im Rahmen einer Serie zu den Grossratswahlen die je jüngsten Kandidierenden jeder Partei in einem Kurzinterview vor.

Jürg Spielmann

Berner Oberländer/Thuner Tagblatt
Mittwoch, 2. März 2022

Gericht weist Beschwerde ab

Reutigen Erfolg für die Swisscom: Das Verwaltungsgericht gibt grünes Licht für den umstrittenen geplanten Sendemast.

Der Mobilfunkanbieter Swisscom darf in Reutigen einen 20 Meter hohen Sendemast bauen. Das Berner Verwaltungsgericht hat eine Beschwerde von Anwohnern gegen die Baubewilligung in den Hauptpunkten abgewiesen. Gutgeheissen wird die Beschwerde lediglich in einem Punkt: Demnach ordnet das Verwaltungsgericht im Wohnteil eines nahe liegenden Bauernhauses eine zusätzliche Abnahmemessung der Strahlung an, wie aus dem am Dienstag publizierten Urteil hervorgeht.

Die frei stehende Sendeanlage mit insgesamt neun Antennen – drei davon für den Mobilfunkstandard 5G – soll im Abstand von zwei Metern zu einem Gewerbegebäude gebaut werden. Die 20 Meter hohe Antenne würde den Dachfirst um rund 11 Meter überragen.

Umstritten war neben den ästhetischen Auswirkungen auf das Ortsbild, ob die Grenzwerte gemäss Strahlenschutzverordnung respektiert werden. Die Immissionsgrenzwerte müssen überall dort eingehalten werden, wo sich Menschen aufhalten können – im Fachjargon «Orte mit empfindlicher Nutzung (Omen)» genannt.

Die Beschwerdeführenden argumentierten, dass sich auch im Stall und im Heulager Menschen aufhielten. Für das Verwaltungsgericht ist aber nachvollziehbar, dass die Fachbehörde den sensiblen Bereich im Wohnbereich des Bauernhauses verortete. Die Richter sahen keine Anhaltspunkte, dass die Mobilfunkanlage die Grenzwerte nicht einhalten werde.

Kein «Gewinn für das Ortsbild», aber rechtens

Umstritten war weiter die Auswirkung auf das Ortsbild. Die Beschwerdeführer stören sich an der «weit über die Dächer hinausragenden Antenne», die das Dorfbild beeinträchtige. Für die Verwaltungsrichter genügt das Bauprojekt aber den rechtlichen Vorgaben – obwohl einzuräumen sei, «dass der Antennenmast keinen Gewinn für das Orts- und Landschaftsbild darstellt».

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Entscheid des kantonalen Verwaltungsgerichts kann innert 30 Tagen beim Bundesgericht angefochten werden. (sda)

Nachrichten

Kerzen für den Frieden

Thun «Angesichts des Krieges in der Ukraine lädt die Gruppe Mahnwache der reformierten Kirche Thun-Strättlingen dazu ein, jeweils am Mittwoch ab 17 Uhr auf der Brücke Mühleplatz-Waisenhausplatz zu stehen und eine Kerze auf der Brücke anzuzünden – für den Frieden in der Ukraine, in Russland, in Europa und auf der ganzen Welt. Bei dieser Gelegenheit werden Spenden für das Hilfswerk «Bär und Leu» gesammelt. Das Abendgebet, das jeden Tag um 20 Uhr in der Markuskirche stattfindet, wird in der kommenden Zeit als «Friedensgebet beim Glockenläuten» stattfinden. (pd)

Kaum freier Wohnraum – das will die Stadt ändern

Thun Jetzt ist bei der Ortsplanungsrevision nochmals die Bevölkerung gefragt. Vor der öffentlichen Auflage betont der Stapi: «Thun bleibt Thun.» Und er sagt, was anders ist als in Steffisburg.

Michael Gurtner und **Gabriel Berger**

Um die 44'000 Einwohnerinnen und Einwohner zählt die Stadt Thun heute. Ein Blick in die Zukunft besagt: In 15 Jahren könnten es 5000 mehr sein. Dies haben zumindest die statistischen Prognosen des Bundes zur Bevölkerungsentwicklung ergeben. Und die Stadt selbst legt mit der Ortsplanungsrevision (OPR) den Grundstein für die künftige Entwicklung. Gestern Vormittag informierte die Stadt dazu aus erster Hand.

Soll Thun also in den nächsten Jahren um jeden Preis eine grössere Bevölkerungszahl aufweisen? «Nein», sagt Florian Kühne. Der Stadtarchitekt betont: «Wir haben kein explizites Wachstumsziel.» Die Stadt weise gegenüber dem Kanton lediglich nach, dass ein Wachstum möglich sei. «Und dass es vertraglich erfolgen kann. Also etwa ohne dass der Verkehr kollabiert.» Susanne Szentkuti, die mit Kühne zusammen das Planungsamt leitet, fügt an: «Wir wollen Thun nicht umwälzen.» Mit Bestehendem solle vielmehr behutsam umgegangen und dort, wo es möglich sei, die Innenentwicklung gesteuert werden. Ein Grundsatz dabei: «Bauen in der Regelbauzone soll einfach und klar möglich sein.»

Stadtplanerin Szentkuti weist darauf hin, dass es in Thun kaum freien Wohnraum gebe, der Bedarf gross sei. «Mit der neuen Grundordnung wollen wir Möglichkeiten schaffen, dass neuer Wohnraum entsteht, etwa auch für Mehrgenerationenprojekte.» Es gehe darum, ein attraktives Angebot zu schaffen. Fürs Wohnen, aber auch für Arbeitsplätze.

«Entwicklung dort, wo es sinnvoll ist»

An der Medienkonferenz betont auch Stadtpräsident Raphael Lanz



Sie informierten im Rathaus Thun die Medien zur Ortsplanungsrevision: (v.l.) Stadtpräsident Raphael Lanz, Stadtplanerin und Co-Leiterin Planungsamt Susanne Szentkuti sowie Stadtarchitekt und Co-Leiter Planungsamt Florian Kühne. Foto: Patric Spahni

(SVP): «Thun bleibt Thun. Wir schauen aber in die Zukunft und planen für morgen.» Die auch im schweizweiten Vergleich sehr tiefe Leerwohnungsziffer zeige einerseits die Attraktivität der Stadt – andererseits aber auch den Handlungsbedarf. Und: «Die Entwicklung soll dort stattfinden, wo es möglich und sinnvoll ist.» Dabei sollen Freiräume erhalten beziehungsweise geschaffen und ökologisch wertvolle Landschaften geschützt werden.

Für Bauwillige bedeutet der Start zur öffentlichen Auflage der OPR freilich, dass sie in nächster Zeit beim Einreichen eines Bau-

gesuchs die Vorgaben der alten sowie der neuen baurechtlichen Grundordnung (Zonenplan und Baureglement) erfüllen müssen. Diese sogenannte Dualität stösst in Fachkreisen auf Kritik, da sie einerseits zu Verzögerungen, aber auch zu Unsicherheiten bei der Planung eines Bauprojekts führen kann (wir berichteten).

Dualität soll so kurz wie möglich gehalten werden

Darauf angesprochen, sagt Susanne Szentkuti: «Es ist klar, dass dieser Umstand für Bauwillige anspruchsvoll ist und eine Herausforderung darstellt.»

Die Eingaben passte die Stadt die zwei Reglementarien in verschiedenster Hinsicht an. Anschliessend wurden die Dokumente beim Kanton zur Vorprüfung eingereicht – was abermals Anpassungen nach sich zog, die nun abgeglichen sind. Zu den wichtigsten Neuerungen in der künftigen baurechtlichen Grundordnung zählen unter anderem der Arealbonus (Ermöglichung höherer Bauten, wenn mehrere Parzellen gemeinsam beplant werden), der Wechsel von der Ausnützung zur Grünflächenziffer, die Abschaffung der Attikaregelung oder Anpassungen bei den Grenzabständen zwischen Parzellen. (ghs)

Auch deshalb bemühe sich die Stadt darum, diese Phase so kurz wie möglich zu halten. Sie endet, sobald die neue Grundordnung in Kraft tritt. Die Co-Leiterin des Planungsamts erinnert daran, dass die Dualität keine Thuner Erfindung sei, sondern aufgrund des kantonalen Gesetzes gelte. Man sei sich bei der Stadt bewusst, «dass es deswegen wohl Leute geben wird, die mit Projekten zuwarten», so Szentkuti.

Und was bedeutet die Dualität für die Verwaltung, die während eines möglicherweise längeren Zeitraums alle Baugesuche doppelt prüfen muss? «Zu Beginn könnte es zu einem Mehraufwand kommen. Auf den sind wir aber vorbereitet», sagt Florian Kühne. Dennoch stehe einer effizienten Abwicklung nichts im Weg. Der Co-Leiter des Planungsamts erwähnt folgendes Beispiel: «Erfüllt ein Bauprojekt die bisherigen Vorgaben aus dem Jahr 2002, stehen die Chancen sehr gut, dass auch die künftigen eingehalten werden.» Denn baulich werde künftig tendenziell eher mehr möglich sein.

Auf diesen Punkt weist auch Lanz hin. «Wir möchten ja gerade, dass sich Bauwilligen mehr Möglichkeiten bieten», erklärte der Stadtpräsident. «Mit der Ortsplanungsrevision wollen wir niemandem etwas wegnehmen.» Er sei zuversichtlich, dass die Dualität zu keinen wesentlichen Problemen führen werde. Spezialfälle würden mit der nötigen Sorgfalt angeschaut.

«Keine Pfundmatte» in Thun

Ab dem 4. März und bis zum 8. April liegen die Unterlagen zur Ortsplanungsrevision also öffentlich auf. Lanz hofft, dass die Stadtrat noch dieses Jahr über die

Revision befinden kann – was allerdings nicht zuletzt von der Anzahl Einsprachen abhängt. Eine Prognose dazu sei schwierig. Sagt der Stadtrat dereinst Ja, kommt die OPR nur vors Volk, wenn das Referendum ergriffen wird.

Apropos Volksabstimmung: Eine solche führte am 13. Februar in Steffisburg nur zu einem hauchdünnen Ja zur Ortsplanungsrevision. Sorgt das in Thun für Nervosität? Stadtpräsident Raphael Lanz verweist auf das Thuner Stadtentwicklungskonzept als strategische Grundlage für die OPR – aber auch für einzelne Arealentwicklungen etwa auf dem Freistattareal, die parallel weitergeführt werden. «Dank diesem Vorgehen haben wir keine so grosse Einzonung wie in Steffisburg die Pfundmatte, wo man sagen müsste: Das ist ein Zankapfel.»

Er sei deshalb zuversichtlich, dass der Bevölkerung von der OPR überzeugt werden könne. Gebe es aber beispielsweise grosse Opposition dagegen, dass ein Stadtteil als Strukturgebiet mit hohen Gestaltungsanforderungen definiert wurde, müsse man das anschauen. «Sind ganze Gebiete sehr umstritten, haben wir jetzt noch die Möglichkeit, sie aus der Ortsplanungsrevision rauszunehmen», erklärt Lanz.

Die Unterlagen der Ortsplanungsrevision können vom 4. März bis 8. April von Montag bis Freitag, 8 bis 11.45 Uhr, und 13.30 bis 17 Uhr (Freitag bis 16 Uhr), im Erdgeschoss der Stadtverwaltung an der Industriestrasse 2 oder unter www.thun.ch/auflage eingesehen werden. Um lange Wartezeiten zu vermeiden, wird empfohlen, die Unterlagen online einzusehen. Weitere Informationen unter: www.ortsplanungsrevisionthun.ch

Eine wegweisende Neuigkeit für Spiez war an der GGR-Sitzung vom Montag einzig ein Nebenschauplatz. In den gemeinderätlichen Informationen erklärte Vizegemeindepräsidentin Ursula Zybach – sie vertrat die abwesende Gemeindepräsidentin Jolanda Brunner: «Die Verfügung des Strassenplans durch Bau- und Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus ist erfolgt und bei uns eingetroffen.»

Jolanda Brunner ergänzte am Dienstag am Telefon, dass man vor einigen Tagen Post aus Bern erhalten habe. «Nun kann man einerseits das Strassenprojekt und andererseits die Attraktivierung der Aufenthaltsqualität an der Oberlandstrasse und am Lötschbergplatz angehen.» Das ist etwas, was im Winzerdorf einem lang gehegten Bedürfnis gleichkommt.

Parkplatzfrage geklärt

Schon seit über zwei Jahrzehnten wird versucht, das Zentrum mit der rund 420 Meter langen Einkaufsachse zwischen Kronen- und dem Lötschbergplatz sicherer und einladender zu machen. Der im Sommer 1999 gestartete Verkehrsversuch dauerte gerade mal bis Anfang 2000, ehe er vom Gemeinderat frühzeitig abgebrochen wurde. Doch auch der Widerstand gegen das nachfolgende kantonale Bauvorhaben mit dem Namen «Let's swing» sollte lang und zäh sein: Das Umgestaltungprojekt war wegen der Parkplatzfrage ein mehrjähriger Zankapfel.

Im letzten Jahr dann gelang der Durchbruch: Gegen die überarbeitete Strassenplanung, die nur noch die Reduktion von 7 statt 14 Parkplätzen (neu 30 statt bisher 37) und dadurch etwas weniger Swing (Schwung) vorsah, gab es keine Fundamentalopposition mehr. «Die drei Ein-



Stark befahren und wenig attraktiv: Die Oberlandstrasse und der daran anschliessende Lötschbergplatz im Spiezer Zentrum werden vom Kanton Bern mit dem Projekt «Let's swing» umgestaltet. Kostenpunkt: 5,2 Millionen Franken. Foto: Jürg Spielmann

sprachen dagegen wurden zurückgezogen», sagte Tobias Vogel auf Anfrage. «Bereits wurde auch die Ausgabenbewilligung für den Ausführungskredit beim Regierungsrat beantragt. Sobald dieser genehmigt ist, können die beauftragten Planer mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Bauarbeiten beginnen», ergänzt der Projektleiter beim Obergerienkurkreis I.

Kosten sind gestiegen Das Vorhaben des Kantons ist über die Jahre nicht günstiger geworden. Wurde zu Beginn noch

mit Kosten in der Höhe von 4,3 Millionen Franken gerechnet, belaufen sich die Gesamtkosten zu Lasten des Kantons Bern nun auf 5,2 Millionen Franken. Klar ist, dass die Bauarbeiten in den Jahren 2023 und 2024, jeweils von Frühling bis Herbst, ausgeführt werden. Derzeit werde noch eruiert, so Vogel, welcher Bauablauf der bessere sei. Entgegen früheren Angaben ist möglich, dass 2023 zuerst die Oberlandstrasse und im Folgejahr dann der Lötschbergplatz umgestaltet wird.

«Die Bauzeit für den Lötschbergplatz wird gemäss dem ak-

tuell vorliegenden Bauprogramm etwas länger dauern. Weil der Verkehr nicht über eine andere Verkehrsachse umgeleitet werden kann und dadurch unter dem gesamten Verkehrsaufkommen gearbeitet werden muss, ist der Bauvorgang komplexer», so Tobias Vogel. Auf der Oberlandstrasse hingegen könne in einem Einbahnregime gebaut werden, der Verkehr in Richtung Interlaken werde über die Bahnhofstrasse und Schösslistrasse sowie die Seestrasse zum Kronenplatz umgeleitet.

Das Projekt «Let's swing» setzt auf das Mit- und Nebenei-

nander. Der Verkehr wird künftig unverändert in beiden Richtungen über die Oberlandstrasse rollen, dies jedoch mit Tempo 30. Auf dem Lötschbergplatz ist ein Betonmittelstreifen vorgesehen, aber keine Lichtsignalanlage mehr. Das Vorhaben rief vor Jahresfrist auch die lokale Politik auf den Plan, zwei Motionen im Grossen Gemeinderat forderten Anpassungen für den Langsamverkehr. «Es gilt, mit dem Kanton zu klären, wie sich diese Punkte ins Projekt integrieren lassen», sagte Jolanda Brunner.